

Der Gewerkverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine

sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von

Centralrat der Deutschen Gewerkvereine

(Hirsch-Duncker).

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Speditionen, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Sammlerang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Breitenthalerstr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbands-Vollrat zu Berlin, N.O., Breitenthalerstr. 22/23, einzuliefern sind. Für Mitglieder 35 Pf. des Originals. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerbetreibenden 35 Pf. des Originals. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 30.

Berlin, 27. Juli 1906.

achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Rüstungsstillstand. — Berichte der preussischen Gewerbedeputierten für 1905. — Die russische Revolution. — Internationaler Kongress für Gewerbestandards. — Wochenchau. — Gewerbetreibenden-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Δ Rüstungsstillstand.

„Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!“ Diese Mahnung hat einmal der deutsche Kaiser ausgesprochen. In diesem Ausspruch liegt die Anerkennung, daß die Völker Europas gemeinsame Interessen haben. Diese Feststellung ist wichtig. Entgegen dieser Auffassung starrt der europäische Kontinent in Waffen, die in Bereitschaft gehalten werden für einen Krieg europäischer Völker untereinander. Da kommt von jenseits des Kanals, aus England, wo jetzt eine liberale Regierung das Land verwaltet, die ernste Mahnung, die europäischen Völker möchten einmal die Frage in Erwägung ziehen, ob nicht die Möglichkeit bestehe, in den weiteren Waffenrüstungen für eine zu vereinbarende Zeit einen Stillstand eintreten zu lassen.

Alle Völker Europas ächzen unter der Last, die ihnen durch die Rüstungen auferlegt ist. Frankreich kann sein Heer nicht mehr schrittweise rekrutieren, weil die Bevölkerung nicht entsprechend wächst. Deutschland ist gezwungen, Steuern einzuführen, die drückend den kleinen Mann belasten und den für die kulturelle Entwicklung so notwendigen Verkehr beschweren. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Ernährungsstand des Volkes leidet unter dieser Besteuerung. Damit schädigt sich die Nation in ihren vitalsten Interessen. Rußland steht vor dem Bankerott und es zerfleischt sich von neuem durch die wiederkehrende Revolution. Oesterreich leidet schwer unter den Wirren der Nationalitätenfragen. Dazu die drückenden Lasten der Kriegsrüstungen. Hemmend treten diese wachsenden Faktoren seiner wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung in den Weg. Das kleine, wirtschaftlich arme Italien seufzt nicht minder unter den Lasten der anschwellenden Kosten für das Heer und die Marine.

Läge es da nicht nahe, daß alle Völker Europas das Angebot des liberalen England mit lebhafter Freude begrüßten? Niemand mutet den europäischen Militärstaaten zu, abzurufen, denn dazu sind die technischen Schwierigkeiten doch zu groß, um leicht hin überwunden werden zu können. Um so viel leichter aber ist die Ausführung des englischen Vorschlages, auf Zeit mit den Rüstungen inne zu halten. Mag jede Nation zunächst beibehalten, was sie an militärischer Rüstung besitzt, mag sie auch noch ausführen, was ihr bereits bewilligt wurde. Neue Bewilligungen aber sollten auf bestimmte Zeit in keinem Lande erfolgen. Die Völker könnten sich erholen und die von Jahr zu Jahr durch ihren Zuwachs sich mehrenden Kräfte könnten wichtigen Kulturaufgaben gewidmet sein.

In unserem deutschen Militärstaat finden aber Anregungen dieser Art den heftigsten Widerspruch der rechtsstehenden Presse. Das kriegerische „Leipziger Tageblatt“ verspottet die Engländer, die nach Art der englischen Heilsarmee die Sünden des Krieges aus der Welt schaffen und mit feurigen Jüngern predigen wollen: Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden das Erdreich besitzen! Den Engländern gebe beim Kennen der Atem aus, also bleibe ihnen nichts anderes übrig, als den anderen Nationen unbemerkt und heimlich Knüttel zwischen die Beine zu werfen, damit sie stolpern und das Wettrennen verlieren. Darum komme von der ihnen Ruf: „Einschränkung der Rüstungen!“ Insbesondere

wolle man die fürchtbare Kraft eines 60 Millionen-Volkes, also das deutsche, knebeln, und es daran hindern, sich so stark zu machen, daß es jedem Angriff, auch wenn es isoliert dastehe, gewachsen sei. Das liberale Kabinett Englands hantierte ungeniert mit falschen Karten.

In dieser Weise wird Mißtrauen in das deutsche Volk getragen. Sachlich sind die Einwände geradezu lächerlich. Auch dann, wenn Deutschland seine Rüstungen in dem gleichem Tempo wie bisher fortsetzt, wird es die Seerüstungen Englands nie übertreffen können, wie England nie imstande sein wird, die Landmacht Deutschlands zu erreichen. England hat jetzt 700, Deutschland 271 Kriegsschiffe. Wenn Deutschland weiter rüstet, um England auch zur See gewachsen zu sein, dann sieht sich England veranlaßt, ebenfalls weiter zu rüsten. Und wenn dies auch nur in der Weise geschähe, daß ein neues deutsches Kriegsschiff, ein neues englisches zur Folge hätte, so würde der Abstand zwischen beiden Seemächten doch immer derselbe bleiben. Die hochaufstrebende deutsche Seemacht würde immer hinter der englischen zurückbleiben müssen. Der Abstand würde aber größer werden, da England in diesem Wettrennen vielleicht noch schneller laufen, d. h. auf 1 neues deutsches Kriegsschiff 2 neue englische setzen könnte.

Ein europäischer Krieg zwischen zwei Nationen ist ein Un Ding geworden. Deutschland steht im Dreieck. Ein Krieg gegen Deutschland würde also auch Oesterreich-Ungarn und Italien auf den Plan rufen. Dieser Dreieck würde für den Kriegsfall 9 893 000 Mann zu stellen, während auf der andern Seite, wenn der russisch-französische Zweieck sich mit England vereinigte, 9 125 000 Mann stehen würden. Die vereinigten Seemächte auf beiden Seiten würden also ungefähr die gleiche Truppenzahl ins Feld führen können.

Gegenüber dem Kontinent besitzt England auch keineswegs die Oberherrschaft zur See. Ein Rüstungsstillstand würde daher auch nicht die Bedeutung haben, die angebliche englische Oberherrschaft zur See zu verewigen. Ein Rüstungsstillstand würde Rußland das Recht einräumen müssen, seine zerfallene Flotte wieder zu restaurieren; das wird natürlich bei dem Mangel an Kleingeld eine ganze Weile dauern. Alle kontinentalen Mächte sind interessiert, daß England mit seiner Seemacht nicht willkürlich tun kann, was es will. Ein übermütiges Verhalten würde die Seemächte des Kontinents gegen England aufrufen, dann aber ständen 1600 Kriegsschiffe gegen die englische Kriegsmarine von 700 Schiffen.

In der Zeit vom 23.—26. Juli ist zu London die Interparlamentarische Konferenz versammelt, um im Sinne des englischen Vorschlages einen Rüstungsstillstand vorzubereiten, d. h. die Berufung einer Staatenkonferenz zwecks einer solchen Vereinbarung zu fördern. Als einer der Vertreter der deutschen parlamentarischen Gruppe nimmt unser Verbandsredakteur Abg. Goldschmidt an jener Konferenz teil. Möchte es der Interparlamentarischen Konferenz gelingen, die hier aufgerollte große Frage einen Schritt zu ihrer Lösung näher zu bringen. Ferner hat diese Konferenz die nicht minder große Aufgabe, die Notwendigkeit von Schiedsgerichten bei Völkerstreitigkeiten immer tiefer in die Nationen zu tragen. Groß war bereits der Erfolg dieser Schiedsgerichte. In 20 Fällen, die ohne dieses Hilfsmittel blutige Kriege hervorgerufen hätten, ist den Völkern durch dasselbe der Friede erhalten geblieben.

Die Kriegslustigen in Deutschland behaupten schlankweg, daß es eine ganze Reihe internationaler Fragen gebe, die überhaupt nicht auf dem Wege des Rechts gelöst werden könnten. So meinte Pfarrer Naumann, die ägyptische Frage sei nur mit dem Schwert zu lösen. Wie falsch diese Prophezelung war, hat das englisch-französische Abkommen gezeigt, kraft dessen Ägypten ohne Schwertstreik in die englische Interessensphäre verwiesen wurde, während Marokko den Franzosen zufallen sollte. Aber auch hierüber ist Deutschland mit Frankreich schieblich-friedlich einig geworden. Dann wieder wurde prophezeit, daß England und Rußland noch einen todesblutigen Streit um Asien führen müßten. Aber daselbe England, das sich kurz zuvor mit Frankreich abgefunden hat, ist gegenwärtig daran, sich auch mit Rußland zu verständigen.

Europa will eins werden! Alles drängt, wie D. Umfried in den "Ardenenblättern" hervorhebt, auf die Organisation unseres Weltteils hin. Die verbündeten Staaten Europas wollen sich aus dem Chaos der Anarchie herauskristallisieren, und nur Deutschland, das Land Schillers und Goethes, das Land Lessings und Kants, widerstrebt noch dem Zug der Zeit. Um des deutschen Volkes und seiner stolzen Nation willen, das müssen alle deutschen Arbeiter wünschen, dürfen unsere Staatenlenker den Stunden Schlag nicht überhören, der jetzt der europäischen Welt schlägt.

II Berichte der preussischen Gewerbeärzte für 1905.

IV.

1. Schutz der Arbeiter vor Gefahren: a) Gesundheitschutz. b) Unfallschutz.

Zum Schluß noch eine kurze Betrachtung über die Aufgaben der Fabrikarzte, welche sie zum Schutze der Arbeiter vor Gefahren aller Art zu lösen haben. Die Berichte von 1905 enthalten darüber wieder eine Fundgrube von Beobachtungen und Anregungen, aus denen wegen des uns zur Verfügung stehenden Raumes nur einige wichtige und besonders interessante Punkte hervorgehoben werden können.

Es sei mit dem Gesundheitschutz begonnen. Ueber die gewaltigen Verheerungen, welche die Bleierkrankungen an den Arbeitern anrichten, enthalten auch die neuesten Berichte wieder reiche Belege. So wird aus Danzig mitgeteilt, daß die im vorigen Jahre festgestellte Bleierkrankung bei einem Schriftsetzer in der später ermittelten Tatsache ihre Erklärung gefunden habe, daß der Erkrankte seinen Kautschuk im - Seegerlasten aufzubewahren pflegte. In Frankfurt a. O. wurde in Erfahrung gebracht, daß in einer Chromolithographischen Kunstanstalt, wo einbrennbare Abziehbilder für Porzellan hergestellt werden, und in einer Glashütte schon seit längerer Zeit Bleierkrankungen vorgekommen waren. Die Ermittlungen ergaben, wurden von der Krankheit nur die Arbeiterinnen der Fuderei befallen, alle anderen Arbeiter und Arbeiterinnen blieben verschont. In der Fuderei werden nämlich die frisch bedruckten Papierbogen mit bleihaltigen Farben eingepudert und hierauf abgestaubt. Durch den bei diesen Arbeiten aufwirbelnden Farbstaub werden die Arbeiterinnen krank.

Bemerkenswerte Bleivergiftungen wurden vom Regierungs- und Gewerbeamt Hartmann-Berlin beobachtet: In einer Gerberei durch Einreiben von alcaingaren Fellen mit Talkum und Kremlerweiß und in einer Messinghahnfabrik durch ständige Berührung von Formplatten, die nur 10 pCt. Blei enthielten, und in mehreren neuen Akkumulatorenfabriken. Aus Oppeln wird gemeldet, daß in einer alten Zinkhütte mehrere schwere Bleierkrankungen vorgekommen seien; ein Arbeiter erkrankte an Bleilähmung und wurde nach einer Krankenzit von 180 Tagen als Invalide entlassen. Vier weitere Arbeiter erkrankten an Nierenentzündungen. Der Grund dieser schweren Erkrankungen sei darin zu suchen, daß dem zu verhütteten Gut schwedische Blenden beigegeben wurden, die 6 bis 7 pCt. Blei enthalten, während die obersteifischen Erze weit geringere Mengen aufweisen. Auch bei den Arbeitern der Walter Cronschütte wird fortgesetzt eine bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen an Bleikolik und Bleilähmung festgestellt. Abgesehen von der räumlichen Unzulänglichkeit der Hütte trage wohl zur hohen Bleierkrankungsgefahr der Umstand bei, daß wegen des immer spärlicher werdenden Mangels einheimischer Arbeiter im letzten Jahre zahlreiche Ruthenen in den Bleihüttenbetriebe eingestellt worden sind, von denen 38 mit 527 Krankheits-tagen an Bleikolik oder Bleilähmung erkrankten. Diese industriell unerfahrenen Arbeiter, die selten länger als 3 Monate in der Hütte bleiben, kennen die besonders großen Gefahren des Bleihüttenbetriebes nicht und fallen ihnen daher leicht anheim. Es wäre doch angezeigt, daß solche unerfahrenen Arbeiter auf die ihnen drohenden Gefahren vor Eintritt aufmerksam gemacht würden!

Eine der größten Gefahren für das Leben der Arbeiter bildet der Staub mit seinen Folgeerscheinungen, der Tuberkulose. Und da ist es erfreulich, daß in mehreren Berichten konstatiert wird, daß z. B. in Holzbearbeitungsfabriken die Abfugung des Holzstaubes und der Späne gute Fortschritte mache. Eine Reihe solcher

Schutzvorkehrungen in mechanischen Schreinereien könne geradezu als musterträchtig angesehen werden. Wie sehr die Notwendigkeit und die Vorteile mechanischer Staubabfugung in Holzbearbeitungsbetrieben mehr und mehr erkannt werden, erhelle schon daraus, daß selbst größere Ausgaben die Unternehmer nicht mehr wie früher von der Beschaffung der hierzu dienenden Einrichtungen abschrecken. So wurden z. B. für eine solche nach dem Berliner Bericht 40 000 Mk. aus- gegeben.

Auch unter Hauterkrankungen haben die Arbeiter vielfach zu leiden. So wurden in einer Möbelfabrik 4 Polierer ange- troffen, welche an Hautausschlägen an den Unterarmen und Ober- schenkeln litten. Und an der bei Walkern und Färbern häufig beobachteten Hautkrankheit erkrankten (nach dem Potsdamer Bericht) wieder zwei in einer Militärtuchfabrik beschäftigte Arbeiter. Er- mittlungen über Erkrankungen von Arbeitern in Chromgerbe- reien haben ergeben, daß mehrfach Hautausschläge und Ent- zündungen, auch mit eitrigen Wunden an Händen und Unter- armen vorgekommen sind. (Schleswig.) In einer großen Leder- fabrik mit 300 Arbeitern des Coblenzer Bezirkes sind in den letzten Jahren seit Einführung des Chromverfahrens 19 Fälle von Chrom- geschwüren zu verzeichnen gewesen. Die Chromlösung drang in Verletzungen der Haut ein und erzeugte traterförmige Geschwüre, die gutartig verliefen, in etwa 14 Tagen heilten und keine oder nur geringe Narben zurückließen, wenn die Arbeiter die Verletzungen nicht vernachlässigten.

Mehrfach kamen auch Vergiftungen durch Dämpfe und Gase vor, so durch unvorsichtiges Öffnen des Verschlussdeckels eines Gasbehälters und Entweichen des Gases in einer Sauggas- anlage, wodurch ein Arbeiter betäubt wurde. Einer Leuchtgas- oder Kohlenoxydvergiftung wurden die Arbeiterinnen einer Par- fumeriefabrik ausgesetzt, deren Arbeitsräume mit Hilfe sogenannter Gas Schnellheizer erwärmt werden sollten. Es stellten sich bei den Arbeiterinnen schon am Vormittag des ersten Benutzungstages Kopf- schmerzen, Uebelkeit und Ohnmachtsanfälle ein, die bei zweien der Arbeiterinnen die Ueberführung ins Krankenhaus nötig machten. Die Feigkörper wurden als Ursache der Vergiftungen erkannt und schlen- nigt beseitigt. Auch durch Benzindämpfe wurde eine Vergiftung von drei Arbeiterinnen einer Teppichreinigungsanstalt veranlaßt, wo große Mengen von Benzin für eine Reinigungsmaschine verwendet wurden und im Arbeitsraum verdunsteten. Die Leute wurden bewußtlos am Boden liegend aufgefunden, aber durch Sauerstoffein- atmung bald wieder ins Leben zurückgerufen.

Wie wenig Verständnis und Entgegenkommen die Arbeitgeber dem Gesundheitschutz der Arbeiter entgegenbringen, geht daraus her- vor, daß der Regierungs- und Gewerbeamt Trilling-Rölln 1842 (gegen 2799 im Vorjahre) Maßnahmen zum Schutze der Ar- beiter gegen gesundheitsschädliche Einflüsse treffen mußte.

Wie aus dem Gebiete des Gesundheitschutzes entfallen die Aufsichtsbeamten eine umfassende und höchst dankenswerte Tätigkeit auf dem der Unfallverhütung. Auch dieser nicht minder wichtige Kreis ihrer Aufgaben soll noch kurz einer Besprechung unterzogen werden.

Zunächst sei die bedauerliche Tatsache hervorgehoben, daß aus fast allen Berichten eine erhebliche Vermehrung der Unfälle zu entnehmen ist. Eine statistische Zusammenstellung der Opfer, welche im vergangenen Jahre auf dem Schlachtfelde der Arbeit ver- unglückten, wird wieder nicht angegeben. Sogar fehlen die statisti- schen Angaben der Zahl der Unfälle in einzelnen Berichten, z. B. von Biegnitz, Oppeln und Kassel gänzlich, so daß eine Zählung, z. B. vollständige, zur Unmöglichkeit wird. Soweit Zahlen darüber vor- liegen, ergibt die von uns vorgenommene Zählung 156 654 Unfälle ohne die in den Bergwerken vorgekommenen.

Hören wir nun, was die Aufsichtsbeamten über die Ursachen dieser Unfälle mitteilen: "Diese beträchtliche Zunahme der Unfälle dürfte in wesentlichen auf die in fast allen Industriezweigen gesteigerte Tätigkeit und die dadurch erforderlich gewordene Ein- stellung zahlreicher ungeübter Hilfskräfte zurückzuführen ein", betont der Regierungs- und Gewerbeamt Wangelndorf- Potsdam. Seine Kollegen aus Berlin und Arnberg sind gleicher Ansicht. Sie schreiben: "Vielfach ist die Ursache weniger in dem Mangel an Schutzvorrichtungen als in der Beschäftigung uner- fahrener jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen zu erblicken. Die Steigerung gegen das Vorjahr erklärt sich aus dem Umstande, daß bei der sehr lebhaften Beschäftigung der großen Werke viel ungeübte Arbeiter eingestellt werden mußten, die der Unfallgefahr in weit höherem Maße erliegen, als einge- arbeitete Arbeitskräfte."

"Während die Betriebsunternehmer in ihrer überwiegend großen Mehrzahl Schutzvorkehrungen jederzeit willig anbringen", wird aus Danzig gemeldet, "kommt es noch immer vor, daß den Anregun- gen der Beamten gegenüber zwar zunächst Bereitwilligkeit geäußert, dann aber nachher die Ausführung aus Vergeßlichkeit oder anderen Gründen unterlassen wird." Das Fehlen oder die Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen wurde wieder häufig an Holzbearbeitungsmaschinen festgestellt, obwohl die Ge- fährlichkeit dieser Maschinen, an denen auch im Berichtsjahre wieder eine große Zahl schwerer Unfälle vorgekommen ist, hinreichend bekannt sein sollte" klagt der Aufsichtsbeamte von Pots-

dam, während sein Kollege von Kachen schreibt: „Der Inhaber eines Sägewerks, dessen Betrieb durch die große Zahl der dort vorgekommenen Unfälle aufhört, mußte durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen zur Anbringung der allgemeinen üblichen Schutzvorrichtungen, wie Spaltstelle, Schutzhanden und Schutzringe veranlaßt werden.“ Auch wurden wieder Fälle festgestellt, wird aus Wagbeburg gemeldet, welche beweisen, daß die Arbeiter bei der Beschäftigung an Holzbearbeitungsmaschinen, insbesondere an Kreisfrägen, es an der nötigen Vorsicht fehlen lassen. Wiederholt wurde ermittelt, daß ein Arbeiter in Nichtachtung der Gefahr mit der bloßen Hand in die Nähe des sich bewegenden Sägebrettes gegriffen hatte, um dort liegen gebliebene Abfälle fortzunehmen. Der ordnungsgemäße Gebrauch von Schutzvorrichtungen an diesen Maschinen wird häufig deshalb veräußert, weil es dem Arbeiter zu un bequem erscheint.“

Einen besonders großen Anteil der Unfälle verursacht alljährlich der Transport. Die Zahlen schwanken von 16,9 bis 30 und 45 pCt. aller Unfälle. In der Hauptsache lassen sich vier Ursachen der Transportunfälle unterscheiden. Sie ereigneten sich:

- a) beim Tragen leichter Gegenstände,
- b) bei der Fortbewegung schwerer Lasten durch Rollen, Schieben, Ranten usw.,
- c) beim Transport mit Wagen und Karren und dergl. endlich
- d) beim Aufheben oder Niederlegen von Lasten, Be- und Entladen von Wagen.

Ein Mittel zur Verminderung der Zahl der Unfälle würde, nach Ansicht des Versehrer Aufsichtsbearbeiter, eine Verbesserung der Aufsicht bei Ausführung schwerer Transporte sein; denn bei solchen Arbeiten ist eine zweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte, deren richtige Bemessung und die Benutzung geeigneter Hilfsmittel von großer Bedeutung. Das wirksamste Mittel würde aber eine Vermehrung der eigenen Aufmerksamkeit, Ruhe und Besonnenheit sein. Und Regierungs- und Gewerbeamt Grünwald-Schleswig meint: „Die Erkenntnis, daß auch zu Transportarbeiten gelehrte Leute gehören und eine sachverständige Aufsicht nicht zu entbehren ist, muß sich noch mehr Bahn brechen. Auch wird dahin zu wirken sein, daß Akkordarbeit nicht zu weit ausgedehnt wird, weil sie häufig zur Hast und Außerachtlassung der nötigen Vorsicht verleitet.“

Unter den bedeutsamen Unfällen nehmen, wie noch erwähnt werden muß, auch die durch Transmisionen veranlaßten dieses Jahr wieder eine hervorragende Stelle ein.

Dr. E. E.

Die russische Revolution.

Es klingt wie ein Gemeinplatz, bleibt aber immer eine neue Wahrheit, daß die Nachwelt die Tagesereignisse anders bewertet als die Zeitgenossen. Einen großen Teil von Menschen regen die Zustände in Rußland keineswegs auf. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die derzeitigen politischen Kämpfe in Rußland in der Weltgeschichte einst neben der großen französischen Revolution rangieren werden. Kein Geschichtskenner wird leugnen, daß in Rußland eine Revolution großen Stiles im Gange ist. Charakteristisch für die dortigen Verhältnisse ist der maßlose Haß, der unter Nichtachtung des eigenen Lebens zum politischen Morde drängt. Der politische Mord ist jetzt in Rußland Massenverbrechen geworden. Gleichzeitig führen die Zeitungen, selbst die konservativen, eine so zügellose und Kühne Sprache, wie sie in Deutschland keine Zeitung erheben würde.

Es mag darauf aufmerksam gemacht werden, daß in Rußland eine Reihe Zeitungen in deutscher Sprache erscheinen, deren Studium sehr lehrreich ist. Man kann also — auch ohne der russischen Sprache mächtig zu sein, sich ganz gut über das politische Leben in unserem östlichen Nachbarlande laufend informieren. Zur Illustrierung der Lage in Rußland mögen ein paar Vorkommnisse wiedergegeben werden, die unseres Wissens in der nicht-russischen Presse keine Beachtung fanden. In Warschau hatte sich ein russischer Student, der der Kassierer einer örtlichen Gruppe der sozialrevolutionären Partei war, an den Parteigeldern vergreifen. Er gelang in einer Parteidiskussion sein Vergehen offen ein und führte zu seiner Entschuldigung an, daß er und seine Familie — in Rußland sind verheiratete Studenten keine Seltenheit — sehr unter Hunger und Not zu leiden gehabt hätten. Gleichzeitig versichert er sich, die veruntreute Summe in Raten zurückzahlen. Was taten seine Parteigenossen? Sie verurteilten ihn zum Tode und vollstreckten alsbald das Urteil. Die russischen Zeitungen entziehen sich gar nicht sonderlich über den Vorfall. Es passiert täglich solches Schreckliches in Rußland, daß die Herzen abgestumpft sind. Die deutsche St. Petersburger Zeitung, die diese Hinrichtung registriert, bemerkt spöttisch, wenn die Sozialrevolutionäre für einfache Vergehen die Todesstrafe verhängen, müßten sie folgerichtig zur Sühne für schwerere Verbrechen zu Verurteilungen greifen.

In einem anderen Abenteuer mehr heiterer Natur spielte auch ein Student die Hauptrolle. Der Student war über Land gegangen und von einem Bauern ein Stück Wegs auf dem Wagen mitgenommen worden. Während der Fahrt fing der Student natürlich an zu politisieren und erzählte u. a., daß der Zar eigentlich kein Russe, sondern ein Deutscher sei, da er von den Verzügen von Holstein abstamme. Der Bauer hielt das für eine Raufhäusbeleidigung,

seffelte den Uebelthäter und übergab ihn einem Gendarm. Zwei Monate schmachtete der Student in Untersuchungshaft, dann sprach ihn das Gericht frei, weil der Student die Wahrheit gesagt hätte. Beachtenswert ist es ferner, daß mehrere Gouverneure den Gendarmen das Tragen der Gewehre verboten haben, weil der Anblick der Gewehre aufreizend auf die Bevölkerung wirkt.

Neben der Zunahme der Meutereien im Heere machte der russischen Regierung die Gefahr des Ausbruches einer Gouvernementsrevolution die meisten Sorgen. Man muß wissen, daß in Rußland die Bauern 7/10 der Bevölkerung stellen. Die Regierung ist deshalb bemüht, die Unzufriedenheit unter der Landbevölkerung möglichst zu beschwichtigen und hatte der Duma eine Gesetzesvorlage überreicht, worin für die 27 von Missetaten betroffenen Gouvernements 50 Millionen Rubel Unterstützungsgelder geordert wurden. Die Duma erklärte sich auch dafür, den Hungerprovinzen eine Unterstützung in der verlangten Höhe zuzulassen zu lassen. Sie machte aber Vorbehalte. Direkt bewilligte sie nur 15 Millionen, die übrigen 38 Millionen gab sie der Regierung auf, durch Erparungen einzubringen. Außerdem erklärte die Duma, daß sie selbst die Verteilung der 50 Millionen in die Hand nehmen wolle, weil sie kein Vertrauen in die Ehrlichkeit der Beamten setze.

Der Regierung paßte der Dumabeschluß gar nicht, und sie beschloß, den Reichsrat, die erste Kammer des Parlamentes, gegen die Duma auszuspielen. Im Reichsrat geht es viel gemühter als in der Duma zu. In der Duma war leidenschaftliches Schreien und Loben. In den Wandelhallen sah man das jugendliche Revolutions-element: die emanzipierten Studentinnen, die aufgeregt mit den Händen fuchtelnden Studenten. Sie sind nicht geschneidelt und gebügelt wie die deutschen Studenten. Sie tragen ihr Haar wild und langsträhmig. Ihre Kleidung ist an allen Ecken und Kanten defekt. Sie verbrüdernd sich mit den nicht gerade noch kläglich-Bauer duftenden Bauernabgeordneten. Im Reichsrat dagegen herrscht vornehm Ruhe. Die Abgeordneten sind fast ausschließlich Erzszelzen, Höflichen und Durchlauchte. In patriarchalischer Weise werden bei Aufrufung der Redner, Feststellung der Präsenzliste nur die Vornamen genannt, was den journalistischen Dienst sehr erswert. Diese erlauchte Versammlung hoffte der Finanzminister Kozomow für sich zu gewinnen. Er bemerkte in geringschäbigem Tone, die Duma verhandle von Finanzfragen nichts, wo sollte sie das auch herhaben, aber der Reichsrat sei kompetent. Er würde wissen, daß es unmöglich sei 35 Millionen durch Ersparnisse aufzubringen.

In dessen der Reichsrat stellte sich auf den Standpunkt der Duma, und so erhielt die Regierung auch von diesem Hause nur 15 Millionen Rubel bewilligt. Das Gesetz wurde sogleich veröffentlicht. Es ist die erste parlamentarische Gesetzgebungsbildung in Rußland.

Die russischen Politiker sind sich wohl bewußt, daß die 50 Millionenvorlage die Hungerprovinzen nur ein Vorpfeilgeplänkel war. Der Hauptkampf der Revolution kommt noch und er ist wirtschaftlicher Natur. In diesem Kampfe wird es sich um die Regelung der Landfrage handeln. Der russische Bauernstand ist durch zu hohe Steuern, Raubbau, weil der Boden nicht ihm gehört, da er ihn nur als Gemeineigentum pachten kann, ihn also nicht pflügt, da er ihn ja doch wieder weggenommen wird, Auswucherung durch die Latifundienbesitzer und durch zu geringen Landbesitz überhaupt schredlich heruntergekommen. An dem Elend des russischen Bauern ist mit einem Worte: „das russische System“ schuld. Zahllose Schilderungen gibt es über die traurige Lage des russischen Landproletariats. In dem Sammelwerk über Rußland, dessen Herausgeber Alexander Romitow ist, heißt es:

„Überall bleibt das Dorf zurück, aber nicht in solchem Maße wie bei uns. Noch jetzt im zwanzigsten Jahrhundert benutzt man zu Beleuchtungs-zwecken an manchen Orten einen Riesenpan, weil Petroleum zu kostspielig ist. Es gibt Dörfer, die durchweg analphabetisch sind. Es gibt Gegenden im Zentrum Rußlands, wo ein Brief, der an einen Bauern adressiert ist, nur zufällig in dessen Hände gelangt, — wenn er selbst oder ein Bekannter auf den Gedanken kommt, sich bei der Post nach ihm zu erkundigen. Überall werden die Kleider aus Klachs gewebt, der aus Pflanzen des eigenen Ackerfeldes gewonnen wird. Überall da nur ist man fleisch, wo man selbst Vieh besitz. Kurz, das russische Dorf lebt so, wie es vor hundert Jahren gelebt hat. Es gibt eine Wahrheit, die unsere Herrscher gut begriffen haben und die sie niemals vergessen, daß es nämlich leichter ist, eine Herde als Menschen zu regieren. Das ist das Wesen unserer Politik. Und bisher ist sie dank den Naturbedingungen geglückt.“

Der Adelsmarschall Behejino hat namentlich auf die Nachteile aufmerksam gemacht, die durch den „Mir“, d. h. den vorfindtlichen Zustand, daß der Boden nicht persönlicher Besitz des Bauern, sondern Eigentum der Gemeinde ist, hervorgerufen werden. Von einem auf kommunikativen Boden stehenden Bauernhofe entwirft Behejino folgendes Bild:

„Eine kleine, meist zerfallene und verkommene Hütte, in der die insofern schlechter und ungenügender Nahrung degenerierte Bauernfamilie nicht lebt, sondern vegetiert, gehüllt in leichte Zylinder, die aus der Fabrik stammen; ein Halbpelz und ein Paar Filzstiefel müssen der ganzen Familie genügen. Als Bettstelle dient eine nackte Bank, das Kopfkissen erstet ein zusammengegerollter Rod, eine Decke, die man sich unterlegen oder mit der man sich zudecken könnte, fehlt. Ein Mjund von Wasser mit einer geringen Beigabe von Sauerkohl, Kartoffeln, Hirsebrei und Schwarzbrot bildet die gewöhnliche Nahrung des Bauern. Zum Trinken dient eine weißliche unappetitliche Einkeuerung von Roggenmehl in Wasser, angeblich ein Schutzmittel gegen

Erfahrungen und berechtigen, ihr diese Stellung in Deutschland zu zeigen. Daß die Abgrenzung der gewerblichen Infektion überhaupt nicht immer leicht zu bewerkstelligen ist, zeigte das eingehende und höchst wertvolle Referat Monti über diesen Gegenstand. Er behandelte den Milzbrand, die Maul- und Klauenseuche, den Tetanus (= Starrkrampf) die Syphilis, Tuberkulose und Malaria, immer gestützt auf zum Teil sehr bemerkenswerte Statistiken. Ueberraschend wird zunächst dem Nichteingeweihten die große Zahl der Milzbrandfälle in Italien sein, die in 15 Jahren (1890-1904) 36 426 Fälle mit 7308 Todesfällen betrug. Davon entfielen die meisten auf Sardinien und Kalabrien. Und soweit sie Industriearbeiter betrafen, scheint hier, wie überall, die Haar- und Hautoindustrie am stärksten beteiligt. Die vereinzelten Beobachtungen über die Uebertragung direkt vom Tier auf solche Menschen, welche kranke Tiere gepflegt haben, ergänzte Monti durch einen interessanten Fall, der im Hospital zur Pavia zur Beobachtung gelangte. Auch für die Uebertragung der Maul- und Klauenseuche auf den Menschen, die sich hier bekanntlich durch einen mit Fieber verbundenen Bläschenauschlag an den Handflächen und manchmal an den Lippen und der Mundschleimhaut äußert, konnte Monti eigene Beobachtungen anführen, ebenso für die Verbreitung der Syphilis durch gemeinsame Benutzung von Musikinstrumenten in einem Trompeterkorps, während frühere Mitteilungen bekanntlich vor allem Glasbläser betrafen (Silbert). Groß scheint in Italien auch noch die Ausbreitung der Syphilis durch das Augengeschäft zu sein, wenn schon die offizielle Statistik, die sicherlich der Wahrheit nur wenig entspricht, für 1902 281 Fälle, für 1903 251, für 1904 176 Fälle von Syphilis verzeichnet. Monti gedenkt auch schließlich der Uebertragungen von Syphilis im Berufe auf Ärzte, Pflegepersonal und Hebammen, und betont zugleich im Sinne der Breslauer dermatologischen Gesellschaft die Notwendigkeit, solche Ereignisse als Unfälle seitens der Versicherungsgesellschaften zu behandeln. Bei der Erörterung der Tuberkulose gibt er eine interessante Uebersicht über die Verteilung der Tuberkulosesterblichkeit auf die verschiedenen Berufsarten in Italien. Die bisherigen Betrachtungen, denen sich bei dieser Gelegenheit jeder human denkende Arzt hingeben muß, wurden etwas verschönt durch die Schilderung, welche Monti, und bei einer anderen Gelegenheit (Erkrankungen der Reisefeldarbeiter) auch Celli, der sich hier so große Verdienste erworben hat, und Grassi, von den Erfolgen gaben, die mit der Bekämpfung der Malaria (= Fieber) in Italien erzielt worden sind. Während vor 20 Jahren in Italien ca. 2 Millionen Menschen jährlich an Malaria erkrankten, scheidet man die jetzige jährliche Morbidität auf 600 000, und während 1900 die Sterblichkeit an Malaria noch 15 865 betrug, ist sie im Jahre 1904 bereits auf 8501 herabgesunken.

(Schluß folgt.)

Wochenchau.

Berlin, 24. Juli 1906.

Der Zentralrat nahm in seiner letzten Sitzung am 19. Juli nochmals Stellung zum 8 Uhr-Ladenschluß. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„In Ermüdung der Tatsache, daß neuerdings wieder der Versuch gemacht wird, die von den Gehilfen und der Mehrheit der Prinzipale gewünschte Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses zu hintertreiben, erklärt der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (D.G.), daß er nach wie vor für den 8 Uhr-Ladenschluß energisch eintritt und die auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen des Vereins der Deutschen Kaufleute lebhaft unterstützt. Alle Verbandsgenossen und deren Familien werden aufgefordert, ihre Einkäufe vor 8 Uhr abends zu besorgen, um den Beweis zu erbringen, daß der 8 Uhr-Ladenschluß ohne Schädigung der Geschäftsinhaber, aber zum Nutzen der Handelsangestellten sehr wohl durchführbar ist.“

Öffentliche Rechtsauskunftsstelle für Handlungsgehilfen und Gehilfen. Der Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin, S. 14, Dresdenerstr. 80, hat seit Bestehen der Kaufmannsgerichte eine öffentliche Rechtsauskunftsstelle eingerichtet, in der den Handelsangestellten unentgeltlich Auskunft über berufliche Fragen aller Art, sowie Anleitung zu Klagenfertigkeiten und Rat in Kranken- und Invaliditäts-Versicherungsangelegenheiten erteilt wird. Die Inanspruchnahme dieser Stelle ist eine außerordentlich lebhaft und wurden durch Vermittlung der Rechtsauskunftsstelle im letzten Quartal Mk. 2137,70 an Gehältern durch außergerichtlichen Vergleich erkriritten. Es wurde im gleichen Zeitraum die Rechtsauskunftsstelle von 110 Personen besucht und diesen mündliche, sowie 146 Personen schriftliche Auskünfte erteilt.

Die Fragen erstrecken sich insbesondere auf die Gehaltszahlung, auf Kündigungsschriften, Zeugniserteilung, gesetzliche Schutzbestimmungen die für das Wohl der Handelsangestellten erlassen sind, und auf Streitigkeiten die aus dem Anstellungs-Vertrage herrühren.

Die Sprechstunden der Dresdenerstr. 80, 2. Hof part., befindlichen Rechtsauskunftsstelle finden an Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags statt.

Der Staatsstreich in Rußland. Eine überraschende Wendung hat die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Rußland genommen. Der Konflikt zwischen der Duma und dem reaktionären Ministerium Gorewnkin hat eine gewalttätige Lösung gefunden, die von niemandem erwartet wurde. Der Zar hat die Duma aufgelöst, die Einberufung einer neuen Duma auf den März des kommenden Jahres angeordnet und damit das russische Reich auf mehr als 7 Monate von neuem dem unbeschränkt absolutistischen Regiment ausgeliefert. Gleichzeitig ist der Ministerpräsident Gorewnkin seines Amtes enthoben worden; an seine Stelle tritt der bisherige Minister des Innern Stolypin. Ueber Stadt und Gouvernement Petersburg wurde der Belagerungszustand verhängt, über das Gouvernement Kiew der Kriegszustand. Dieser Schritt des Zaren zeigt deutlich, wie ungen er sich seinerzeit zu der Gewährung einer Volksvertretung entschlossen hat und wie ihm jede Gelegenheit willkommen ist, die Rechte dieser Volksvertretung zu verkürzen. Was kann die Einrichtung überhaupt für einen Wert haben, wenn sie sofort nach Hause geschickt wird, sobald sie sich durch ihre Beschlüsse mit der Reaktion in Widerspruch gesetzt hat? Die Maßnahme des Zaren bedeutet eine Herausforderung an das russische Volk. Diejenigen Völklinge, die diese Maßnahme empfohlen haben, spielen ein überaus gewagtes Spiel. Wenn auch erhebliche Ruhestörungen noch nicht vorgekommen sind, so lassen sich die Folgen dieses Schrittes doch noch nicht absehen. Ruhig hinnehmen wird das Volk diese Entrechtung sicherlich nicht. Die russische Revolution, deren Ende viele schon gekommen sahen, ist nur in ein neues Stadium eingetreten. Welchen Ausgang sie nehmen wird, das kann für den Augenblick niemand voraussagen.

Zu ihrem 6. Kongreß sind in Breslau die **christlichen Gewerkschaften** verammelt. Es sind 70 Abgeordnete erschienen, und auch die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften soll durch einen Delegierten vertreten sein. Der Begrüßungsfeier wohnten Vertreter der Regierung und der städtischen Behörden bei. Aus den Begrüßungsreden ist besonders diejenige des Professors Sombart-Breslau hervorzuheben, der u. a. bemerkte, daß wenn die Arbeiter im wirtschaftlichen Leben eine Macht bilden wollten, sie sich den englischen Arbeitern gleich auf neutralem Boden organisieren müßten. Diese Ausführungen wurden mit eisigem Schweigen entgegengenommen. Bemerkenswert ist, daß die nachfolgenden Redner sich gegen diese Neutralitätserklärung des Professors Sombart sehr energisch aussprachen. Das ist natürlich, denn eine Bewegung, der ein religiöses Moment zugrunde liegt, die kann nicht neutral sein und wird alle auf Neutralität gerichteten Bestrebungen entschieden von sich weisen. Wir werden über die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses nach Schluß desselben noch berichten.

Der sozialdemokratische Parteitag, der am 23. September in Mannheim zusammentritt, verspricht wie seine Vorgänger äußerst interessant zu werden. Ueber die Waise wird R. Fischer und über den Massenstreik der große Stratege August Bebel sprechen. Diese beiden Gegenstände sind schon in Jena von denselben Referenten bearbeitet worden. An Stoff wird es den Referenten nicht mangeln. Die Waise der Berliner Metallarbeiter und die Unterstüßung durch die Partei einerseits, der Lug und Trug Bebel's und die Massenstreikomödie andererseits werden für angenehme Unterhaltung sorgen. Das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften dürfte gleichfalls zu erregten Debatten Anlaß geben. Der Kapitolwächter des wissenschaftlichen Sozialismus, Kautsky, bedauerte schon im Vorjahre, daß es der Parteitag ablehnte, bestimmte Thesen für einen Massenstreik festzulegen. Wäre dieses geschehen, dann hätte jetzt ein Ruhhandel mit der Generalkommission der Gewerkschaften nicht stattfinden brauchen. Alles in allem wird es in Mannheim recht lebhaft zugehen.

Ein **Wahzettel**, der sich mit den Hirsch-Dunderschen beschäftigt, geht wieder einmal durch die sozialdemokratische Presse. Es ist nun einmal dort so Ufus geworden, daß wenn man Tatsachen gegen die Gewerksvereine nicht vorbringen kann, irgend ein Redakteur ein mehr oder weniger geichmadolles Märchen erdichtet, das dann mit eifriger Begier von seinen Kollegen aufgenommen wird. Denn um ein Märchen, um nicht zu sagen um einen Schwindel handelt es sich auch in diesem Falle. Die Sache soll sich in Rempten zugetragen haben. Es wird da erzählt, daß Mitglieder des Gewerksvereins der Tischler — um diesen allein kann es sich handeln — sich darin gefallen, die Arbeitwilligen zu machen. Nun sind an dem Streik der Tischler in Rempten allerdings zwei unserer Kollegen beteiligt. Dieselben haben aber den Kampf bisher mit durchgesehen und auch der Generalrat des Gewerksvereins der Tischler hat ihnen die statutenmäßige Unterstützung gezahlt.

Weiter berichten dann die sozialdemokratischen Blätter, daß an demselben Orte ein Mitglied „von dem Generalrat der Hirsche“ um den Rechtsschutz „geprellt“ sei. Es verrät eine nicht gerade gründliche Kenntnis der Arbeiterbewegung, wenn so mir nichts dir nichts von „dem Generalrat“ gesprochen wird. Allerdings hat ein

Storbul. Kann der Bauer es erschwigen, so lauft er sich Tee, natürlich die allerbilligste Sorte, und da er damit äußerst sparsam umgeht, so ist das Getränk tatsächlich weiter nichts als gekochtes Wasser mit leichter Züßung. Hausbier, das noch vor 10 Jahren bei allen größeren Feste gebraut wurde, ist heute fast ganz unbekannt. Vor etwa dreißig Jahren war die Kost des Bauern noch nahrhaft und mannigfaltig; er hatte für den Winter Salzfleisch, Gemüse, Grütze, Beeren, Hanföl zurückgestellt. An Fleisch, Fett und Butter kann er jetzt nur drei- bis viermal im Jahre denken. Auch Pilze und Beeren sieht man seit dem Schwinden des Waldes immer seltener in der bäuerlichen Wirtschaft, wenn man von einem solchen überhaupt noch sprechen kann. Das einzige Milchprodukt, das noch auf den Tisch kommt, ist die berühmte Obrata. Milchwasser vom Separator, das nur noch 1-1/2 pSt. Fett enthält und in einer guten Milchmischmaschine den Käse vorgesetzt wird. Das ist beim Bauer die Nahrung der Säuglinge! Kein Wunder, daß die Kindersterblichkeit auf dem Lande ganz ungeheuerliche Höhen erreicht, kein Wunder, daß die statistischen Feststellungen des Kriegsministeriums über die Ergebnisse der Rekrutenausbildung immer weniger erfreulich werden.

Die Bauern verlangen nun einfach, daß man ihnen das Land der privaten Gutsbesitzer, der Krone und Klöster zuteile. In unsern westeuropäischen Ländern klingt diese Forderung unforgbar utopisch und kommunistisch. In Rußland indes ist die Sachlage eine andere. Man muß bedenken, daß in der größeren Hälfte des europäischen Rußlands, in dem an Sibirien grenzenden Großrußland, der Bauer kein Privateigentum am Boden kennt. Alles Land, soweit es nicht in den Händen der Großgrundbesitzer ist, gehört den Dorfgemeinden. Da der Bauer selbst kein Privateigentum am Boden kennt, so darf man von ihm auch nicht verlangen, daß er diesen Begriff sehr respektiert.

Die russische Regierung verhält sich zu dieser Bauernforderung streng abweisend, denn sie kann die Interessen der Großgrundbesitzer, der einzigen Klasse, auf die sie sich außer der Bureaukratie stützt, nicht preisgeben. Sie rät den Bauern, zum intensiven Ackerbau überzugehen und ist bestrebt, die bäuerliche Ueberbevölkerung durch Ueberfiedlung nach Sibirien zu bekämpfen. In der Duma verjagte die Regierung den Bauernabgeordneten klar zu machen, daß die gewünschte Landverteilung den Bauern auch nicht helfen könne. Gegenwärtig umfasse der bäuerliche Landbesitz 2,6 Desjatinen pro Seele; 1 Desjatine = 1/10 Hektar oder 4 preußische Morgen. Wenn alles verfügbare Land für die Bauern zu gleichen Teilen herangezogen würde, könnte sich der bäuerliche Besitz doch nur um 1 Desjatine auf die männliche Seele vergrößern, während andererseits alle Revenüen der Bauern durch das Eingehen der großen Privatwirtschaften fortzufallen müßten. Die Freimachung allen Landes würde außerdem die Bauern mit einer Schuld von 4 Milliarden Rubel belasten.

Es steht zu befürchten, daß die russische Revolution die Landfrage anders, als es die russische Regierung wünscht, zu lösen veruchen wird. Die Landfrage wird noch Ströme Blutes kosten.

Internationaler Kongreß für Gewerbekrankheiten

in Mailand, 9.—14. Juni 1906.

Referent: Dr. Martin Gahn - München.

(Bearbeitet nach einem Bericht der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“.)

II.

Eine zweite Sektion des Kongresses beschäftigte sich während dieser Verhandlungen mit dem Schutze der Mutter und der Nachkommenschaft gegenüber den industriellen Gefahren. Die Forderungen, die hier aufgestellt wurden, gehen nicht sehr wesentlich über diejenigen hinaus, welche unsere deutsche Gesetzgebung bereits bezüglich des Mutterchutzes festgesetzt hat. Hervorzuheben wäre nur noch die besonders von Merletti verlangte Fernhaltung der schwangeren Arbeiterin von allen industriellen Arbeiten, die sich als schädlich für die Nachkommenschaft erwiesen haben (namentlich Giftindustrien), und zweitens die Einschränkung der Arbeitszeit auch in den ersten Monaten der Schwangerschaft. Großes Gewicht wurde seitens mehrerer italienischer Referenten auf die Tatsache gelegt, daß nach vielen statistischen Erhebungen die Neugeborenen der Arbeiterfamilien durchschnittlich ein geringeres Körpergewicht aufweisen als die der Wohlhabenden, eine Tatsache, die allerdings auf das Zusammenwirken verschiedener sozialer und pathologischer Faktoren zurückzuführen sein dürfte.

Bei der großen Ausbreitung, welche die Tuberkulose gerade unter der arbeitenden Bevölkerung besitzt, und dem unabweislichen Zusammenhange ihrer Entwicklung mit gewerblichen Tätigkeiten muß diese Frage selbstverständlich auch auf dem Kongreß verhandelt werden. Besonders interessant waren die Ausführungen Teleky's (Arzt für Gewerbekrankheiten der Wiener Krankenkassen), welcher auf Grund der österreichischen Tuberkulosestatistik der letzten Jahrzehnte den Satz aufstellen konnte, daß die industriellen Landbestteile zwar die größte relative Tuberkulosesterblichkeit aufweisen, aber auch zugleich die größte Abminderung derselben. Dabei hat er nur solche Gebiete als im Fortschreiten der Besserung begriffen bezeichnet, welche gleichzeitig einen Abfall an Lungenerkrankungen überhaupt erlitten. Tuberkulose aufweisen, jedoch irrtümliche Diagnosen nicht von wesentlicher Einwirkung sein können. Er führt die Besserung zurück auf ein Steigen des Standard of life (= Lebenshaltung), wie es namentlich durch die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter herbeigeführt sei und ferner auf die Arbeiterschutz- und Versicherungs-gesetzgebung. Auch in den Ausführungen der übrigen Redner trat

es zutage, daß die sozialen Lebensbedingungen des Arbeiters im allgemeinen einen mindestens so großen Einfluß auf die Ausbreitung der Tuberkulose besitzen, wie die berufliche Tätigkeit an sich. Und ein Vortrag Massalongos unterschied mit Recht zwischen der Prophylaxe (= Vorbeugung) in der Arbeitsstätte und derjenigen, die in der Familie ausgeübt werden müsse.

Die Veranlassung zu den Mailänder Feiern und Kongressen war bekanntlich die Eröffnung des Simplontunnels, und unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der Hygiene der Berg- und Tunnelarbeiter eingehende Verhandlungen gewidmet wurden. Die Hygiene der Berg- und Tunnelarbeiter im allgemeinen wurde von Romo ziemlich erschöpfend, aber ohne wesentlich neue Gesichtspunkte behandelt. Giordano forderte namentlich eine größere Berücksichtigung des gewerbehygienischen Unterrichts in den Bergbauhörsälen, Industrieschulen usw., unter Hinweis auf die Gefahren, denen die Bergarbeiter ausgesetzt sind, und er will auch den Bergarbeitern selbst durch Ärzte eine eingehende hygienische Instruktion geben lassen. Am bemerkenswertesten aber in diesem Teile der Verhandlungen war natürlich der Bericht Bolantes über die sanitären Verhältnisse bei den Arbeitern des Simplontunnels. Denn es ist ja bekannt, daß die hygienischen Verhältnisse dieser Riesearbeit sich wesentlich günstiger gehalten haben als seinerzeit im Gotthardtunnel. Betrug doch die Sterblichkeit innerhalb 8 Jahren im Simplontunnel nur 106 auf 25 000 Arbeiter, von denen 63 durch Krankheit, 21 durch Unfälle und Unfallsfolgen, 22 durch Körperverletzungen, Selbstmord und Unfälle außerhalb des Tunnels zugrunde gegangen sind. Bekannt ist es ja auch, welche große Schwierigkeiten die riesigen Wassermassen der Arbeit bereiteten, aber gerade die Ausnutzung dieser Wasserkräfte im Dienste der Hygiene ist das neuartige und große Verdienst der Betriebsleiter. Vor allem diente die Wassermasse dazu, durch eigenartige Anordnungen die Lufttemperatur auf 25—30° ständig zu erniedrigen. Dann konnte eine Spülung der Latrinen mit Hilfe des Wassers vorgenommen werden, während man im Anfange transportable Aborte ohne Spülung benutzt hatte. Auch die Versorgung mit Trinkwasser, die Einrichtung zahlreicher Bäder, die noch innerhalb der höher temperierten Arbeitsstätte gelegen waren, um die Arbeiter vor Ermüdungs- krankheiten zu bewahren, war durch die bei der Arbeit selbst frei werdende Wassermasse garantiert. Eine sorgfältige ärztliche Untersuchung beim Eintritt in die Arbeit, eine ständige ärztliche Kontrolle während derselben, die Verpflegung der Kranken in einem eigens dafür errichteten Spital, das mit allem Komfort ausgestattet war, vervollständigten den sanitären Dienst. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Ausgaben hierfür, wie für die Errichtung der Arbeiterhäuser usw. vom Beginne der Arbeiten bis zum Dezember 1903 schon 2 615 000 Frs. betragen. So konnten namentlich mit Hilfe der guten Aborteinrichtungen auch die zahlreichen Opfer an Menschenleben vermieden werden, die die Ankylostomiasis (= Wurmkrantheit) beim Bau des Gotthardtunnels gefordert hatte.

Ueber diese gewerbliche Erkrankung brachte Gano Bruns dem Kongresse zunächst ein ausgezeichnetes Referat, in welchem er mit großer Klarheit die Entstehung und Bekämpfung nach den Grundsätzen behandelte, die er des öfteren schon in deutschen medizinischen Blättern behandelt hat. Er betonte wiederum die Notwendigkeit, sämtliche Wurmbefallene zu ermitteln und von der Arbeit unter Tage bis zum Nachweis der Wurmfreiheit fernzuhalten, ferner die Wichtigkeit einer allen hygienischen Ansprüchen genügenden Hygiene (= Rot-) befechtigung, während er die Desinfektion des in Klübeln aufgefundenen Kotes sowie die Desinfektion ganzer Grubenstrecken für praktisch un-durchführbar erklärte. Bekanntlich ist für die Entwicklung der Eier zu Larven eine gewisse höhere Temperatur, gewisse Feuchtigkeit und Sauerstoffzutritt notwendig. Man hat deshalb sich auch mit Rücksicht auf die höhere Feuchtigkeit gegen die in Deutschland eingeführte Veriejelungspflicht ausgesprochen. Nach Bruns sollte sie nicht aufgehoben werden, weil der Einfluß der Veriejelung auf die Ausbreitung der Wurmkrantheit nicht als so groß anzusehen ist, daß man dafür die erhöhte Gefahr der Kohlenstaubexplosion eintauschen sollte. Da aber das Veriejelungswasser gelegentlich zum Trinken verwandt wird, sollte man dazu nur hygienisch einwandfreies Wasser benutzen. Die Berechtigung der von Bruns dargelegten Prinzipien geht am klarsten aus der Tatsache hervor, daß im Verlaufe von etwa 2 Jahren im Oberbergamtsbezirke Dortmund und auf den mehrfach untersuchten Zechen eine Abnahme der Krankheit von 13 984 auf 2353, d. h. um 83,14 Proz. eingetreten ist.

Aus den italienischen Referaten über den gleichen Gegenstand sei vor allem hervorzuheben, daß in Italien die Ausbreitung der Wurmkrantheit sich nicht etwa auf die Bergarbeiter beschränkt wie bei uns, sondern, wie namentlich die Mitteilungen Conti's über das Cremoneser Landgebiet zeigen, auch unter der Landbevölkerung festen Fuß gefaßt hat. Conti konnte allein im Großen Krankenhaus in Cremona seit 1898 105 Fälle von eigentlichen Wurmkrankeiten beobachten, und höchst bemerkenswert erscheinen seine Angaben über die Behinderung der körperlichen Entwicklung derjenigen, die bereits im jugendlichen Alter von der Krankheit befallen werden.

Man sieht aus diesen Ausführungen über die Ausbreitung der Wurmkrantheit in Italien, daß es schwer sein würde, sie dort direkt als eine gewerbliche Infektion zu bezeichnen, während unsere deutschen

solches Verfahren den Vorzug, daß wenn die Unwahrheit solcher Mitteilungen für einen Generalrat zurückgewiesen wird, das gegnerische Blatt behaupten kann: „Ja, diesen Generalrat haben wir gar nicht gemeint.“ Nun existieren in Kempten drei Ortsvereine unserer Organisation, die Deutschen Kaufleute, Maschinenbauer und Tischler. Erstere kommen nicht in Betracht, bei den Generalräten der beiden anderen aber ist ein derartiger Antrag gar nicht gestellt worden, er konnte demnach auch nicht abgelehnt werden. Also ein ganz plumper Schwindel, erfunden zu dem Zwecke, die Gewerksvereine in der Öffentlichkeit herabzusetzen! Im übrigen geben wir gern zu, daß, wenn ein solcher Fall eintritt, wie ihn der „Vorwärts“ schildert, es sehr wohl vorkommen kann, daß kein Rechtsschutz gewährt wird, nämlich dann, wenn der um ein Gutachten befragte Rechtsanwalt von vornherein feststellt, daß die Sache absolut aussichtslos ist. Wogu auch das Geld leichtsinnig auf die Straße oder den Juristen in den Schoß werfen? Im Metallarbeiterverbände braucht man sich freilich darüber überhaupt keine Gedanken zu machen. Wenn da jemand Rechtsschutz verlangt, wird er mit dem Hinweis auf das Armenrecht abgepeist, und fertig ist die Paube. Das Verfahren ist einfach und kostet nichts.

Merkwürdige Anschauungen hat die Chemnitzer Handelskammer von dem Erholungsbedürfnis der Arbeiter. Wir haben schon vor längerer Zeit den Ferien für Arbeiter im „Korrespondenzblatt“ eingehende Betrachtungen gewidmet und dabei den Nachweis geführt, daß die Arbeiter ebenso gut der Erholung bedürftig sind wie jeder andere Mensch. Für unsere Anschauungen konnten wir uns auch auf Arbeitgeber berufen, die mit den in ihrem Betriebe eingeführten Ferien befriedigende Erfahrungen gemacht haben. Auch die Handelskammer von Berlin nahm eine sympathische Stellung zu dieser Frage ein. Daß die Handelskammer der betriebsreichen Stadt des industriellen Sachsens sich zu dieser besseren Einsicht nicht hat aufschwingen können, ist in höherem Maße zu beklagen. Noch mehr aber muß man bedauern die unverständige Begründung ihrer Auffassung. Sie sagt nämlich:

„Im übrigen dürfte es auch viel zu weit gehen, Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesundheitsbedingungen der Arbeiter. Für Beamte, die geistig tätig sind und, wie es in vielen Berufen noch vorkommt, angestrengt tätig sein und häufig Überstunden arbeiten müssen, die bei ihrer Tätigkeit auch keine körperliche Ausarbeitung haben, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt. Für Arbeiter dagegen ist ein solcher Urlaub in der Regel nicht erforderlich. Die Beschäftigung dieser Kategorien ist an sich eine gesunde. Eine geistige Anstrengung kommt nicht vor, auch von körperlicher Überarbeitung kann man nicht reden. Soweit Handarbeit überhaupt noch zu leisten ist, erfolgt sie in einer Reihe und in einem Tempo, die von Überanstrengung der Kräfte weit entfernt sind. Die familiären Verhältnisse — Einnahme, Heizung, Beleuchtung, Einzelgelegenheiten, schnelle Hilfe bei Unfällen usw. — sind wohl ausnahmslos günstig. Die Arbeitszeit, die allerdings in der Mehrzahl der Betriebe zur Einführung gelangt ist (von früh 7 bis mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr nachmittags) ist zudem so bemessen, daß den Arbeitern völlig ausreichende Zeit zur Erholung und Bewegung im Freien bleibt. — Aus allen diesen Gründen hat die Chemnitzer Handelskammer die Einführung des Sommerurlaubs für Arbeiter nicht als notwendig begründet.“

Der günstige Gesundheitszustand in den Chemnitzer Fabriken z. B. wird illustriert durch die hohe Sterblichkeitsziffer in dieser Stadt. Auf 1000 Einwohner kamen 1905 in der Kreishauptmannschaft Chemnitz 23,3 Gestorbene, in den übrigen Regierungsbezirken dagegen nur 17,3—20,5. Bekannt ist auch, daß gerade Chemnitz die größte Säuglingssterblichkeit in ganz Deutschland hat. Das ist Beweis genug für die Unverständigkeit der Chemnitzer Handelskammer.

Arbeiterbewegung. In der deutsch-amerikanischen Schuhfabrik in Rödelheim haben über 100 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und Einsetzung eines Arbeiterausschusses. — Die Konfektionschneider Streckits beschließen in eine Lohnbewegung einzutreten und haben den Arbeitgebern einen neuen Lohnantrag überreicht. — Die Inhaber der Konfektionsgeschäfte in Elberfeld haben den streikenden Schneidern eine Lohnzulage bewilligt, die dieselben jedoch als ungenügend ablehnten. Der Streik dauert infolgedessen noch fort. — Wegen einer Lohnbewegung in den Tuchfabriken zu Lambrecht (Pfalz), wozu zunächst 200 Personen betroffen wurden, sollen sämtliche 20 Fabrikbetriebe geschlossen werden. — Die Bergarbeiter von Neurode und Schlegel hatten durch ihre Arbeiterausschüsse bei der Gruben-Direktion Lohnerhöhungen verlangt. Vor allem wünschten die Bergarbeiter einen Mindest- und Durchschnittslohn. Die Direktion hat sämtliche Forderungen abgelehnt. — Die Nachricht im letzten „Gewerksverein“ über die als beendet anzusehende Auspeisung der Buchbinder war leider verfrüht. Sowohl in Leipzig und Stuttgart als auch in Berlin lehnten die Gehilfen die Einigungs-vorschläge ab. — Im Duisburger und Ruhrorter Hafengebiet sind die Erzverlader in den Ausstand getreten; dagegen wurde der Streik der Holzträger im Hafengebiet zugunsten der Arbeiter beendet. — Zur Erlangung eines einheitlichen Lohntarifs legten über 700 Arbeiter der Fahrzeugfabrik in Eisenach die Arbeit nieder.

Es handelt sich bei diesem Streik um die Einlösung eines Ver-sprechens, das die Direktion der Fabrik bei Beendigung des Ausstandes im Monat März den Arbeitern machte. — In Duisburg reichten 400 Arbeiter der Maschinenfabrik vorm. Bechem u. Reetmann ihre Kündigung ein. Die Ursache ist die Entlassung von 14 Arbeitern, die sich weigerten, ein neu eingeführtes Kontrollsystem anzuerkennen. — Im Elsaß macht die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages weitere Fortschritte. Außer den Textilfabriken hat auch die Elsäßische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Mülhausen, die über 5000 Arbeiter beschäftigt, den zehnstündigen Arbeitstag eingeführt. — In Straßburg sind sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. — In Elberfeld befinden sich noch 1000 Maurer und Bauarbeiter im Ausstand.

Gewerksvereins-Zeil.

§ Berlin. Die kleinen Bäckermeister von Berlin fürchten den Boykott und so haben sie den von uns eingereichten Tarif zurückgewiesen, den der Zentralverband aber angenommen. Der so vereinbarte Tarif, den wir anerkennen, gefällt natürlich vielen Bäckermeistern nicht, und diese suchen nun durch 3 von ihnen bezahlte Gesellen neue Vereine der Arbeiter zu gründen, die als „gelbe Gewerkschaften“ den Meistern zuliebe handeln sollen, wenn es wieder zu neuen Differenzen kommt. Die bezahlten Agitatoren, die „meistertreue“ Vereine zu begründen sich bemühen, sind die Herren Wladowski, Richard und Schimanski. Besonders Herr Wladowski suchte in einer Versammlung den Nachweis zu führen, daß ein zugereicherter Geselle doch noch seine 11 Mk. in der Woche verdienen könne. Da er sich doch erst einarbeiten müsse. Für diese Gesellen sei der im Tarif vereinbarte Lohn viel zu hoch. Der Zentralverband schüre nur den Haß und die Injurienfreiheit der Arbeitnehmer, und darum ist es notwendig, eine Organisation zu schaffen, welche sich des „väterlichen Wohlwollens der Herren Meister“ zu erfreuen habe und wieder ein gutes Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen herstelle. Kollege Rudolph vom D. B. der Konditoren und verwandten Berufe Berlin III machte diese Agitatoren darauf aufmerksam, daß doch bereits genug Gehilfenorganisationen in Berlin beständen, eine weitere Zersplitterung aber den Gehilfen nachteilig sei. Wenn die Badgehilfen was schaffen wollten, dann sollten sie in den neutralen Gewerksvereinen der Konditoren und verwandten Berufe eintreten. Gerate der Bäcker- und Konditorgehilfen gehöre doch noch zu den schlechtesten bezahlten Arbeitern. Der sozialistische Zentralverband sei durch die Meister großgejoggen worden. Die Mehrheit der Gehilfen stehe gar nicht auf sozialdemokratischem Boden. Das Bestreben, als Menschen zu leben, hätten aber alle. Hätte man die berechtigten Bestrebungen der Gehilfen daher unterstützt, dann würde es nicht zu so scharfen Gegenlägen gekommen sein. Wie sehr vernachlässigt man die Wohnung des Gehilfen! Ein verständiger Meister werde sich selbst sagen müssen, daß ein Gehilfe, der Tag und Nacht für das Geschäft auf den Beinen ist, doch eine bessere Behandlung und Berücksichtigung verdient, als ihm von der Mehrheit der Arbeitgeber zuteil werde. Der Gewerksverein der Konditoren und Bäcker habe immer auf die Schäden im Badgewerbe hingewiesen. Nur einer vereinten Organisation, die sich nicht in den Dienst einer politischen Partei stelle, sondern unabhängig sei, daher auch jeden Kollegen aufnehmen könne, sei geeignet, wirksame Besserung zu schaffen. Mit den „Zwischengewerkschaften“ aber diene man den Gehilfensache nicht und das Badgewerbe selbst werde dadurch geschädigt. Die vom Zentralverband vertretenen politischen Anschauungen der Sozialdemokratie könnten wir nicht billigen. Auch habe die Berufsfrage mit der Parteipolitik nichts zu tun. Wer so denkt, der muß eben in die Gewerksvereine eintreten. Herr Schleich griff uns nicht an. Er meinte nur, daß zwischen Bäcker und Konditor doch noch ein Unterschied sei. Herr Wladowski aber redete für einen „meistertreuen Verein“ in einer Form, wie sie sonst nur bei Agitatoren üblich ist, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. In ähnlicher Weise, wenn auch nicht ganz so widerspruchsvoll sprach Herr Richard. Leider kam unser Kollege Schleich nicht mehr zum Wort. Die „gelbe Gewerkschaft“ ist nun fertig geworden, aber ein Vorstand für dieselbe wollte sich nicht finden.

Zum Schluß appelliere ich an alle Ausbreitungs- und Ortsverbände, überall dort, wo Bäckergehilfen-Vereine bestehen und Konditoren in ausreichender Zahl vorhanden sind, Ortsvereine für unsere Gewerksvereine zu gründen. Unser Hauptvorstand wird alle diese Bemühungen gern unterstützen und eventuell auch Redner aus unserem Bureau stellen.

Zuschriften sind zu richten an unser Bureau, Berlin, Brunnenstraße 190, Telefonamt 8, Nr. 5396. Auskunft erteilt auch gern Kollege Rudolph, Reichendorf, Kaschdorffstraße 108. D. R.

§ Duisburg. Die Gewerbegerichtswahl in Duisburg und Reiderich ist vorüber. Im ganzen hatten sich im Wahlbezirk Duisburg 7300 Wähler eintragen lassen, im Wahlbezirk Reiderich 2861. In Duisburg übten nur 3400 Wähler ihr Wahlrecht aus und zwar entfielen auf die Liste der Gewerksvereine (D. B.) 674 Stimmen, die sozialdemokratische 1852 Stimmen, die christliche 1901 Stimmen. Da nach der Verhältniswahl gewählt wurde, erhalten die Gewerksvereine 1 Beisitzer, freien Gewerkschaften 2 Beisitzer, Christlichen Gewerkschaften 2 Beisitzer. In Reiderich war die Beteiligung an der Wahl eine bessere, übten doch von 2861 Wählern 2055 ihr Wahlrecht aus. Es entfielen auf die Kandidaten des Gewerksvereins 414 Stimmen, Sozialist. Liste 513 Stimmen, Christl. Liste 1090 Stimmen. Gewählt ist 1 Gewerksvereiner, 2 Sozialdemokraten, 4 Christliche. — Wenn wir uns nun fragen, ob die Gewerksvereine mit dem Ausfall der Wahl zufrieden sein können, so müssen wir uns gleichzeitig auch die Momente, die bei diesen beiden Wahlen mitgespielt, vor Augen führen. Auf der einen Seite standen uns die Christlichen gegenüber, die ein Kompromiß mit den katholischen, evangelischen Arbeitern und Gesellen-Vereinen geschlossen hatten. Hierbei sei bemerkt, daß der evangelische Arbeiterverein in Reiderich allein schon 1100 Mitglieder zählt. Herr Redakteur Eckers vom „Echo vom Niederrhein“ und Herr Redakteur Gallet, der „Gewerksvereinstreifer“ von der „Ruhrorter Volksz.“, brauchen sich nicht auf das hohe Pferd zu setzen, haben

bedürftigen Kollegen wird in unserm Heim frei Abendbrot, Nachtquartier und früh Kaffee gewährt. Hoffen wir, daß jeder Kollege das neue Unternehmen nach Kräften unterstützt; das neu gegründete Gewerkevereinsheim soll dazu beitragen, innerhalb unserer Organisation ein noch fetteres Zusammenhalten herbeizuführen, um unsern vielen Gegnern am Orte jederzeit wirksam entgegen treten zu können. Das Verbandsbureau „Stadt Gottha“ liegt mitten in der Stadt, Telefon 13 303 und von Bahnhöfen bequem zu erreichen. So daß auch die auswärtigen Kollegen, wenn sie nach Leipzig kommen, mit wenig Mühe die Stätte finden werden, wo sie sich als Gewerkevereiner heimisch fühlen. E. E.

§ Oberhausen. Eine interessante Ortsverbandversammlung fand am Sonntag, 8. Juli, statt. Stütze Bergmann (Chemnitz) referierte über Invaliden- und Altersversicherung. Die sehr zahlreich erschienenen Genossen nahmen lebhaften Anteil an dem Vortrag und an der darauf folgenden Diskussion. Die an den Referenten gestellten Fragen wurden in klarer Weise beantwortet. Kollege Bergmann erbat für seinen Vortrag allgemeinen Dank. Kollegen! Die Diskussion in dieser Versammlung konnte nur so reger sein, weil der Besuch ein guter war. Würden unsere Ortsvereinsversammlungen ebenfalls besser besucht sein, dann würde jede Versammlung interessant werden. Dazu könnte und sollte jeder beitragen.

§ Stettin. D.-B. der Maler I quittiert hiermit die während unserer Lohnbewegung eingegangenen Gelder von folgenden Vereinen: Maler-Schleudig Mk. 5,00, Goldschmiede-Stettin 3,00, Norddeutscher Ausbreitungsverband 10,00, Maler-Döbeln 2,10, Maler-Stettin II 20,00, Tischler-Bredow 10,00, Schiffszimmerer-Bredow 2,65, Maler-Halle 10,00, Maler-Wöppingen 3,00, Maler-Düren 3,00, Tischler-Stettin 10,00 und von Mitgliefern des D.-B. der Maschinenbauer-Gradow 6,00. Summa 84,75 Mk. Mit bestem Dank und genossenschaftlichem Gruß
J. A. C. Klunker, Kassierer.

Verbands-Zeil.

Gewerkeverein der graphischen Berufe und Maler.
Wir geben hiermit bekannt, daß die Verhandlungen unseres Delegiertenrates den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Stabliement Leipzig ihren Anfang nehmen und alle Mitglieder und sich hierfür interessierende Verbandskollegen freundlich eingeladen werden.

Den Delegierten geben wir noch Kenntnis, daß auf dem Hauptbahnhof Kollegen anwesend sein werden, welche eine Blume im Knopfloch tragen werden.

Ort, den 22. Juli 1906.

Für den Generalsekretär:
H. Schreiber, G. Prüfer,
Vorstandsmitglied, Generalsekretär.

*** Nieder-sächsisch-Laufbier Ausbreitungsverband.**
Verbands-Sitzung, Götting, 11. Juli 1906. Es wurden Mitteilungen entgegen genommen von der Versammlung in Berthelsdorf und von der geplanten Versammlung in Zittau. In P. soll versucht werden, einen Verein zu gründen. Anknüpfungspunkte sind vorhanden. Im Geschäftlichen wurde bekannt gegeben, daß sich die Ortsvereine der graphischen Berufe und Maler u. der Maschinenbau- u. Metallarbeiter zu Zittau vom Ausbreitungsverband abgemeldet haben. Der Delegiertenrat zu Weiskau findet am 25. und 26. August statt. Max Ullermann, Schriftführer.

Berlin. Die Sitzungen des Diskussionsklubs fallen bis zum 22. August aus. - **Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. - **Sonabend, 24. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Berner, Göttingstr. 52. Protokoll. Diskussion über Beitragserhöhung. Regulatorpost u. a. - **Graphische Berufe und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr Neue Grünstraße 28. Beitragszahlung bis 10 Uhr. - **Donnerstag, 31. Juli. Graphische Berufe und Maler III.** Ab. 7 1/2 Uhr Brunnenstr. 11 im Verbandsbureau. L.-D.: Protokoll Monatsbericht. Verschiedenes.

Miet. Vereinigte Ortsvereine der Schiffszimmerer und Berufsgenossen. Sonabend, 24. Juli, Ab. 8 Uhr bei Schnorr-Gierbeck, Dostsch, öffentliche Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Haefele über: „Die gegenwärtige Arbeiterbewegung.“ Alle Mitglieder müssen erscheinen. Gäste willkommen. - **Magdeburg. Graphische Berufe und Maler.** Sonabend, 24. Juli, Ab. 9 Uhr im Vereinslokal „Dubin“, Klotzestraße 10, Gewerkevereins-Versammlung. L.-D. dabei.

Orts- und Mitgliedsverbände.
Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz, Schulte-Mattler, Diskussionsstunde. - **Greifswald (Ortsverband).** Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2-10 Uhr, im Lokale des Herrn Giesow, Hofmarkt 1, Diskussionsabend. - **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Die Gesangsstunden des Ortsverbands Niederlaska finden jeden Dienstag Abend 9 Uhr im Refektor. a. „Kampfen“, Brühlstraße statt. - **Zwette (Ortsverband).** Sonntag, 29. Juli, vorm. 9 1/2 Uhr kombinierte Ausflugsstunde beim Wirt Hellmuth Hörde. L.-D.: Betätigen wir uns an der Gewerkevereinswahl? - **Ortsverband für das obere Rheingebiet.** Sonntag, 5. August, nachm. 4 Uhr in Halberstadt bei Ww. Stinn. Ortsverband-Versammlung. - **Duisburg (Ortsverband).** Sonntag, 5. August, vorm. 10 Uhr bei Weller in Ruhrort am Markt, Vertreterstunde. L.-D. dabei.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Katibor (Ortsverband). Paul Prigbold, Sekretär, Katibor, Ostrog, Nr. 88.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart
Auf Gegenseitigkeit. Gegründet 1875.
Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.
Kapitalanlage mehr als 45 Millionen Mark.
Haftpflicht-Versicherung für Handwerker und Gewerbetreibende.
Empfehlungsverträge mit Innungen, Vereinen und Handwerkskammern.
Gesamtversicherungsstand über 660 000 Versicherungen. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.
Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwillig und kostenfrei.
Unfall-Versicherung. Vertreter aus allen Ständen überall gesucht. **Lebens-Versicherung.**

Hedermünde u. Umgeg. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfg. Karten beim Vereinskassierer Otto Ganschow, Ghaussestr. 7.
Danzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Genossen Kammerer, Hofmarkt 10 Verpflegungskarten.
Saarau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfg. bei dem Ortskassierer.
Sorau, N.-E. (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 30 Pfg. Unterstützung bei dem Vereinskassierer bzw. bei dem Ortsverbandskassierer, Genossen A. Lentzoff, Zbielgasse.
Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkevereins-Bureau, Post-Allee 33.
Eisenach (Ortsverband). Karten beim Kassierer Eduard Hartmann, Wiesenstraße 10.
Spandau (Ortsverb.). Verpflegungskarten bei Korten, Havelstr. 4 III.

Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine
(Hirsch-Dunder)
und Herbergswirtschaft befindet sich jetzt im Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.
Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassierern Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerkevereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prächtige Festäle, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regalbahnen. Alles den Anforderungen der Reizeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Sommer-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein.
Carl Berndt, Deponom.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1905
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsvereine und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mk.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/23.
Ossendungen
an ein Verbandsbureau
R. Klein,
... Berlin N.O., ...
Greifswalderstr. 221/23.